

Grüne und Alternative
in den Räten von Baden-Württemberg
Forststr. 93
70176 Stuttgart
Tel. 0711 9935990, Fax 0711 9935999
Mail: gar@gar-bw.de
Internet: www.gar-bw.de



April-Rundbrief 2011

Liebe GAR-Mitglieder,
in diesem April-Rundbrief findet Ihr Informationen zu folgenden Themen

1. 25 grüne Abgeordnete mit Erfahrungen aus Gemeinderat und Kreistag
2. Helene Weber Preis für erfolgreiche Einsteigerinnen in die Kommunalpolitik
3. Finanzielle Auswirkungen des Kompromisses rund um Hartz IV
4. Ökologische Kriterien für die Pflege des kommunalen Grüns
5. Einladung zur GAR-Mitgliederversammlung am 28.5.2011
6. Eurosolarkongress
7. Stellenausschreibung in Mannheim

1. Grüne Landtagsfraktion von 17 auf 36 Abgeordnete angewachsen

Die GAR gratuliert allen neu und wiedergewählten Abgeordneten zu ihrem Erfolg. Ganz besonders den 9 Abgeordneten, die ein Direktmandat gewonnen haben.

In vielen Wahlkreisen haben Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker den Wahlkampf geschultert, entweder als Kandidatinnen und Kandidaten oder als wichtige Unterstützerinnen und Unterstützer in den örtlichen Wahlkampfteams. Der Erfolg hat viele Eltern – auch im Falle dieses erdrutschartigen Wahlsieges kamen sicher viele Faktoren zusammen. Die Glaubwürdigkeit unserer Politik vor Ort, das verlässliche Engagement und die konsequente Arbeit an den Sachthemen ist mit Sicherheit ein starkes Gewicht in der Waagschale der Erfolgsfaktoren. Von den 36 neu und wiedergewählten Landtagsabgeordneten haben aktuell 19 auch ein kommunalpolitisches Ehrenamt im Gemeinderat oder Kreistag. Insgesamt 25 unserer Abgeordneten können bei ihrer Landtagsarbeit auf kommunalpolitische Erfahrungen zurückgreifen. Wir können also davon ausgehen, dass auch die neue Fraktion das Kommunale bei ihren Entscheidungen im Blick hat. Wenn wir Grünen in der Regierung sind, bedeutet das auch für uns auf lokaler Ebene einen Rollenwechsel: Wir werden haftbar gemacht für das Regierungshandeln. Deshalb ist es wichtig, dass wir frühzeitig Signale senden, wenn wir bei anstehenden Regierungsvorhaben Ungemach auf der örtlichen Ebene wittern. Umgekehrt ist es extrem wichtig, dass wir über die grüne Landespolitik gut informiert sind, damit wir in den Debatten sachkundig argumentieren können. Mit Sicherheit werden Wünsche der Kommunen offen bleiben. Schon allein wegen der Finanzsituation. Aber auch weil Koalitionsfraktionen Kompromisse eingehen. Es ist gut, wenn die getroffenen Entscheidungen für die kommunale Ebene nachvollziehbar begründet sind. Wir wünschen den Koalitionsverhandlungen viel Erfolg, wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit neuer Verantwortung.

Die neue Fraktion findet Ihr im Netz unter <http://www.gruene-bw.de/abgeordnete/landtag.html>

2. Helene Weber Preis für Frauen in der Kommunalpolitik

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) lobt 2011, im Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit, erneut den Helene-Weber-Preis aus. Mit dem 2009 zum ersten Mal verliehenen Preis sollen am 7. Dezember 2011 fünfzehn ehrenamtliche Politikerinnen für herausragende Leistungen in der Kommunalpolitik von Bundesministerin Dr. Kristina Schröder ausgezeichnet werden. Der Helene-Weber-Preis ist ein Nachwuchspreis und will unabhängig vom Lebensalter Neueinsteigerinnen in der Kommunalpolitik würdigen. Diese sollten maximal in der zweiten Wahlperiode ein Mandat ausüben sowie zukunftsweisende oder neuartige Projekte umgesetzt haben.

Das Vorschlagsrecht liegt ausschließlich bei den Abgeordneten des Deutschen Bundestages.

Die Auswahl erfolgt durch eine unabhängige Jury. Die Vorschlagsfrist endet am 20. Juni 2011. Informationen zum Verfahren erhalten Sie auf der Website www.helene-weber-preis.de. Wenn Ihr also eine Gemeinderätin in Euren Reihen habt, die als erfolgreiche Neueinsteigerinnen gelten können, unabhängig vom Lebensalter, dann könnt Ihr diese für den Helene Weber Preis vorschlagen. Gerne übernimmt es das GAR-Büro, Vorschläge an unsere Bundestagsabgeordneten weiter zu leiten.

3. Finanzielle Auswirkungen der Beschlüsse rund um Hartz IV auf die Kommunen

Alles Gold, was glänzt?

Die Bundesregierung hat in der letzten Phase der Verhandlungen um Hartz IV den Kommunen die vollständige Übernahme der Grundsicherung im Alter ab 2014 zugesichert. Diese Hilfe ist unbedingt notwendig und kommt eher zu spät als zu früh. Auch die Vereinbarung, in der Gemeindefinanzkommission die Themen "Gewerbsteuer" und "Soziale Leistungen" zu trennen, stärkt die Verhandlungsposition der Kommunen.

Die Grundsicherung im Alter kostet die Kommunen aktuell 3,4 Mrd. Euro - Tendenz eindeutig steigend. Doch der Hartz IV-Kompromiss enthält auch einige Wermutstropfen:

- Die Bundesbeteiligung für die Kosten der Unterkunft für ALG II-Beziehende wird auf 25,1 Prozent festgelegt. Wir Grünen hatten eine Anpassung entsprechend der tatsächlichen Kostenentwicklung gefordert. Für das Jahr 2011 hätte sie hiernach 37,7 % betragen.
- Auch die Kosten für die 3000 SozialarbeiterInnen bzw. das Hortessen werden mit 400 Mio. Euro nur bis 2013 vom Bund finanziert. Danach müssen die Kommunen die Kosten selbst tragen.
- Die Anpassungsformel für die Kostenerstattung der Sachaufwendungen aus dem Bildungspaket ist an die Entwicklung der Unterkunftskosten gekoppelt. Dies hat zur Folge, dass die Kostenerstattung vorerst nicht länderspezifisch und gemeindegerecht erfolgt. Allerdings haben Bund und Länder vereinbart, sich diesbezüglich noch einmal bis 2014 zusammzusetzen und neu zu verhandeln. Eine Einigung ist jedoch nicht gesichert.
- Beschlossen wurde auch das von uns Grünen kritisierte kommunale Satzungsrecht. Künftig werden die RatspolitikerInnen die Verantwortung für die Angemessenheit der Unterkunftskosten tragen.

Eine ausführliche Erläuterung und Bewertung der Vereinbarungen zum Hartz-IV-Kompromiss, den neuen Regelungen zu den Unterkunftskosten, der Weiterleitung der Mittel aus dem Bildungspaket etc. stehen im Papier "Auswirkungen des Hartz IV-Kompromisses auf die Gemeindefinanzen" auf der Homepage von Britta Hasselmann <http://britta-hasselmann.de/kommunales/kommunales/nachricht/alles-gold-was-glaenzt-das-hartz-iv-paket-und-die-kommunen.html>

4. Ökologische Kriterien für die Pflege kommunaler Grünflächen

Städte sind Refugien für verschiedenste Arten, die im intensiv bewirtschafteten ländlichen Raum nur noch schlecht leben können. Dies sowohl für Pflanzen als auch für Tiere. Im Stadtgebiet gibt es unterschiedliche Grünflächen, die bei entsprechend guter Pflege geeignet sind, eine hohe

Artenvielfalt in der Stadt zu erhalten. Besondere Aufmerksamkeit gilt den geschützten Biotopen, aber auch alle anderen Grünflächen, Parkanlagen, Wiesen sowie das Straßenbegleitgrün haben wichtige ökologische Funktionen zu erfüllen und sind Lebensraum für zahlreiche Tierarten. Ihre Funktionsfähigkeit als vielfältiger Lebensraum und der Werterhalt hängen entscheidend davon ab, ob die Pflegemaßnahmen primär nach gärtnerischen oder auch nach tier- und pflanzenökologischen Kriterien durchgeführt werden. Wichtig sind z. B. der richtige Zeitpunkt der Mahd, behutsame und schonende Pflegeschnitte für Hecken, Gehölze und Bäume im Winter und die Verwendung von heimischem Pflanzmaterial auf Basis des Naturschutzgesetzes. Viele Arbeiten werden mittlerweile nicht mehr von Mitarbeitern des Garten-, Friedhofs- und Forstamts durchgeführt, sondern an Privatfirmen vergeben. Hier muss sicher gestellt werden, dass fachmännisch und nicht weit über das notwendige Maß hinaus oder zum falschen Zeitpunkt gepflegt wird.

Die Gemeinderatsfraktion in Stuttgart beantragte deshalb:

1. Das Garten-, Friedhofs- und Forstamt berichtet in einer der nächsten Sitzungen, nach welchen Kriterien bis dato ökologische Gesichtspunkte der Grünpflege umgesetzt werden, ob und wie bei den Pflegemaßnahmen unterschiedlicher Flächentypen besondere naturschutzfachliche Erfordernisse berücksichtigt werden, auf welchen Flächenanteilen eine solche höherwertige Pflege erfolgt.
2. Wo noch nicht vorhanden soll eine gesonderte Aufstellung der vom Garten-, Friedhofs- und Forstamt zu pflegenden Grünflächen mit besonderer ökologischer Bedeutung (z. B. besonders geschützte Biotope und andere wertvolle Biotope im Außenbereich, größere extensive Parks und große Straßenbegleitgrün-Flächen etc.) mit dem dazugehörigen Pflegekonzept entwickelt und vorgelegt werden.
3. Es wird berichtet, wie durch die Art der Vergabe sichergestellt werden kann, dass die Pflegemaßnahmen zum richtigen Zeitpunkt nach den Vorgaben des Naturschutzgesetzes und unter Berücksichtigung des Artenschutzes und von ökologischen Kriterien umgesetzt werden.
4. Außerdem soll beantwortet werden, wie das Amt sicherstellt, dass die Vergabekriterien auch erfüllt werden und welche nachträglichen bzw. vorbeugenden Sanktionen ergriffen werden können.

5. Einladung zur GAR-Mitgliederversammlung am 28. Mai

Liebe GAR-Mitglieder,

im Namen des Vorstandes lade ich Euch herzlich ein zur Mitgliederversammlung am 28.5.2011 nach Stuttgart in den Landtag/Fraktionssitzungssaal der grünen Landtagsfraktion.

Neben den Regularien: Rechenschaftsbericht, Entlastung des Vorstandes, Haushalt, Beschluss über die Gebührenfestsetzung auf 108 Euro steht auch eine inhaltliche Veranstaltung auf der Tagesordnung. „Grüne Regierungsarbeit und Kommunalpolitik – eine neue Herausforderung.“ Wir laden dazu Mitglieder aus der grünen Landtagsfraktion ein, die den Koalitionsvertrag mit Blick auf die Kommunen bewerten und mit uns über die künftige Kooperation zwischen Landesebene und kommunaler Ebene diskutieren.

Programm:

10:00 Uhr Ankommen bei Kaffee und Brezeln

10:30 Uhr **Grüne Landespolitik mit Regierungsverantwortung und die Kommunalpolitik:**
Wir diskutieren mit Abgeordneten über den Koalitionsvertrag mit Blick auf die Kommunen und über Informationswege, Kooperationsformen, und den Umgang mit möglichen Konflikten.

12:30 Imbiss

13:00 Rechenschaftsbericht des Vorstandes
Entlastung des Vorstandes
Haushalt 2011 mit Gebührenfestsetzung
Jahresplanung der GAR-Aktivitäten für 2011

Wir freuen uns darauf, bei dieser Mitgliederversammlung viele von Euch begrüßen zu können.

6. Eurosolarkongress in Darmstadt

Eine dezentrale Energieerzeugung aus regenerativen Quellen eröffnet Kommunen und ihren Stadtwerken neue Perspektiven: Sie stärkt die kommunale Wertschöpfung, schafft Arbeitsplätze, trägt zu einer nachhaltigen Energieversorgung und zum Schutz des Klimas bei. Immer mehr Stadtwerke entwickeln sich mit innovativen und marktfähigen Geschäftsmodellen vom klassischen Energieversorger zum modernen Energiedienstleister weiter.

Vor diesem Hintergrund veranstaltet EUROSOLAR e.V. in Kooperation mit der HEAG Südthessische Energie AG (HSE) die 5. Konferenz "Stadtwerke mit Erneuerbaren Energien". Sie findet am 21. und 22. Juni 2011 im Wissenschafts- und Kongresszentrum darmstadtium in Darmstadt statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem folgende Themen

- Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke: Schadet diese politische Entscheidung dem Wettbewerb?
- Wie werden Stromnetze intelligent?
- Wie kann erneuerbare Energie gespeichert werden?
- Welche Rolle spielen Stadtwerke beim Ausbau der Elektromobilität?
- Wie können Kommunen die Daseinsvorsorge selbst in die Hand nehmen? Tipps zur Gründung von Stadtwerken
- Welche Chancen ergeben sich aus der Rekommunalisierung der Energieversorgung?
- Wie tragen die erneuerbaren Energien zur kommunalen Wertschöpfung bei?
- Welche Konzepte zum Ausbau einer regenerativen Energieversorgung verfolgen Stadtwerke?

Diese Konferenz soll zeigen, wie Stadtwerke ihre Potenziale als Schlüsselakteure einer umweltfreundlichen und verbrauchernahen Energieversorgung nutzen können und welche Möglichkeiten sich für sie aus der Vielzahl von Geschäftsmodellen ergeben.

Die Konferenz richtet sich vor allem an Energieversorger und Energiedienstleister, insbesondere Stadtwerke; Unternehmen der regenerativen Energiewirtschaft; Investoren, Banken und Unternehmensberatungen; Städte, Gemeinden und Kreise; Verbände, Organisationen und lokale Vereine im Bereich der Erneuerbaren Energien; aktive Bürger.

Sie sind eingeladen, mit Fachleuten zu diskutieren, welche Modelle erfolgversprechend sind und welche Option für Ihre Kommune, Ihr Stadtwerk und für Ihre Partner in Frage kommt.

Weitere Informationen, das Programm sowie ein Online-Anmeldeformular finden Sie unter www.eurosolar.org

7. Stellenausschreibung in Mannheim

Auf Anregung der grünen Gemeinderatsfraktion in Mannheim weisen wir auf die nachfolgende Stellenausschreibung hin.

Die Stadt Mannheim sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt den/die Leiter/in des Fachbereichs Bürgerdienste. Der Fachbereich Bürgerdienste mit rd. 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nimmt im Wesentlichen die Aufgaben des Einwohner-, Personenstands-, Verkehrs-, Kraftfahrzeugzulassungs- und Ausländerwesens, die Bearbeitung der Einbürgerungs- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten sowie der Rentenanträge und die Verwaltung von Fundsachen wahr. Bei Vorliegen der entsprechenden persönlichen bzw. beamtenrechtlichen Voraussetzungen können Sie eine Besoldung bis Besoldungsgruppe A 16 LBesO erwarten. Wen können Sie ansprechen? Für fachliche Fragen stehen Ihnen Herr Erster Bürgermeister Christian Specht unter der Rufnummer 0621/293-9310, für Personalfragen Herr Stadtdirektor Egon Bundschuh vom Fachbereich Personal - Organisation unter der Rufnummer 0621/293-9417 gerne zur Verfügung.

Für Rückfragen steht der Gemeinderat Mathias Meder gerne zur Verfügung, Tel.: 0621-152421 mathias.meder@web.de

Die Bewerbungsfrist endet am 21.4.2011.

Mit freundlichen Grüßen
Sabine Schlager